



merics

Mercator Institute  
for China Studies

# China Monitor

Nummer 28 | 12. November 2015  
Revidierte Fassung

Zwei Jahre Umbau im Kontrollzentrum:

## Chinas Kommunistische Partei verstärkt Zugriff auf das Justizsystem und gesellschaftliche Kräfte

Disziplinierung der politischen Elite. Unverminderte Kontrolle über die Justiz. Systematische Überwachung der Gesellschaft.

von Matthias Stepan

### Zentrale Befunde und Schlussfolgerungen

- Übergeordnetes Ziel und Triebkraft des Reformprozesses ist die **Stärkung der Partei**. Der KPC ist es in den vergangenen zwei Jahren gelungen, Macht zu rezentralisieren und dadurch schlagkräftiger zu werden. Der enge Zugschnitt der Machtstrukturen auf die Person des Staats- und Parteichefs Xi Jinping macht die Partei gleichzeitig risikoanfälliger.
- Probleme mit der **Parteidisziplin** sind auch drei Jahre nach Beginn der Anti-Korruptionskampagne offensichtlich. Mit neuen Richtlinien will die KP-Spitze erstmals alle Mitglieder auf umfassende Disziplin einchwören.
- Der **Bürokratieabbau** macht deutliche Fortschritte: Die Zentralregierung hat die Anzahl der Genehmigungsverfahren reduziert und Kompetenzüberschneidungen beendet. Gleichzeitig bleibt den regionalen Behörden Raum für lokale Experimente und Innovation vorerst erhalten.
- Auch die von der Zentralregierung vorangetriebenen **Gesetzesreformen** dienen dem Ziel, ihre Herrschaft zu festigen. Ein Ausbau der Klagerechte soll dabei helfen, den Unmut in der Bevölkerung zu kanalisieren. Ausgebaut wurde aber auch die rechtliche Basis für den Zugriff auf persönliche Daten der Bevölkerung.
- Die Rechtsprechung wurde institutionell gestärkt, unterliegt aber unvermindert der **Kontrolle der KPC**. Die Tätigkeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften sind besser vor der Einflussnahme und den Interessen lokaler Funktionäre geschützt.
- Um ihre Kontrollfähigkeit zu stärken, hat die KPC einen **umfassenden Sicherheitsbegriff** definiert. Sie will eine technokratische Herrschaft aufbauen. Die KPC will keine Zivilgesellschaft, sondern eine sogenannte „**zivilisierte Gesellschaft**“, die sich der Steuerung der Partei nicht entziehen kann. Die chinesische Führung lässt deshalb systematisch Bürger überwachen, die autonome Interessen organisieren könnten.

## Umbau unter strenger Aufsicht – Chinas Kommunistische Partei zementiert Herrschaft



## 1. Triebkraft des Reformprogramms: Die Stärkung der Kommunistischen Partei

Zwei Jahre nach Verabschiedung ihres umfassenden Reformplans auf dem 3. Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) im November 2013 gilt noch immer dieselbe Priorität: **Ziel und Triebkraft des Reformprozesses ist die Stärkung der KPC unter der Führung ihres Generalsekretärs Xi Jinping.**

Die Hinweise auf anhaltende Probleme der Parteiorganisation sind nicht zu übersehen: Die vor drei Jahren begonnene Anti-Korruptionskampagne konzentriert sich derzeit auf den Finanzsektor.<sup>1</sup> In der chinesischen Öffentlichkeit kommt die Jagd auf korrupte Kader gut an. Gleichzeitig rückt aber die Gesellschaft selbst ins Visier verstärkter staatlicher Kontrollen. Profitieren dürfte die Bevölkerung von kontinuierlichen Steigerungen der Ausgaben für die soziale Sicherung und der Abschaffung der Einkind-Politik, die im Oktober 2015 vom Fünften Plenum beschlossen wurde.

Dieser China Monitor zieht eine Zwischenbilanz, wie weit die Reformen in den Bereichen des Staats- und Parteiapparats, der Justiz und der Gesellschaft gediehen sind.

## 2. Disziplinierung der politischen Elite: Umbau in Partei- und Staatsapparat

Um tief verwurzelte Probleme der Vetternwirtschaft und Korruption im Partei- und Staatsapparat anzugehen, hatte das Zentralkomitee die Verbesserung der Parteidisziplin als einen Kernbereich der Reformen definiert.

### 2.1 Die eigene Partei auf Linie bringen

Xi Jinping sieht eine „gereinigte“ und damit steuerungsfähige Partei als Voraussetzung an, um wirtschaftliche und soziale Ziele der Reformagenda voranbringen zu können. Die Anti-Korruptionskampagne dient gleichzeitig als Mittel, um ihm loyale Personen in zentrale Ämter einzusetzen.

Im Zuge der Korruptionsbekämpfung erhielt die Zentrale Disziplinarkommission der KPC zusätzliche Ressourcen. Die Kommission griff teilweise hart durch und ging auch gegen ranghohe Parteimitglieder wie den ehemaligen Sicherheitschef Zhou Yongkang vor.

Für die Jagd auf ins Ausland geflohene Kader etablierte der Leiter der Kommission, Wang Qishan, eigens eine neue Einheit: Die im Juli 2014 angelauene Operation Fuchsjagd (猎狐) löste im April 2015 die weltweit operierende Aktion „Himmelsnetz“ (天网) ab.<sup>2</sup>

Wang stärkte auch die Überwachung von Vorgängen in einzelnen Ministerien: Die Kommission richtete dort Zweigstellen ein, die Disziplinverstöße direkt melden sollen.<sup>3</sup> Darüber hinaus erhöhte er die Frequenz für Inspektionstouren in die Provinzen und staatseigene Unternehmen.

Gleichzeitig stößt die Anti-Korruptionskampagne nach Berichten von Staatsmedien auf „massive Widerstände“ innerhalb der Partei.<sup>4</sup>

Am 12. Oktober 2015 verabschiedete das Politbüro neue Richtlinien für Disziplin und Selbstdisziplin. Zu den Vorgaben bezüglich der politischen Disziplin (政治纪律) gehört zum Beispiel das strikte Verbot zur Bildung von Netzwerken innerhalb der Partei. Doch die Kader müssen sich sogar im Privatleben strengen Maßstäben unterwerfen und Vorgaben zur Lebensgestaltung (生活纪律) folgen.<sup>5</sup>

## 2.2 Staat und Verwaltung auf dem Weg zu mehr Effizienz und Serviceorientierung

Die grundlegende Neudefinition der Rolle und Funktion der Regierung (政府职能转变) forcierte Chinas Regierungschef Li Keqiang bereits seit März 2013. Ministerien und einfache Behörden sollen Verfahren klarer regeln, serviceorientierter und effizienter arbeiten. Mit dem Reformbeschluss erhielt Li das Mandat, sein Vorhaben anzugehen, gegen das in den betroffenen Organen starke Widerstände vorherrschten. Bis 2018 soll die Kontrolle der zentralstaatlichen Organe auf Wirtschaft und Gesellschaft deutlich abgebaut werden.

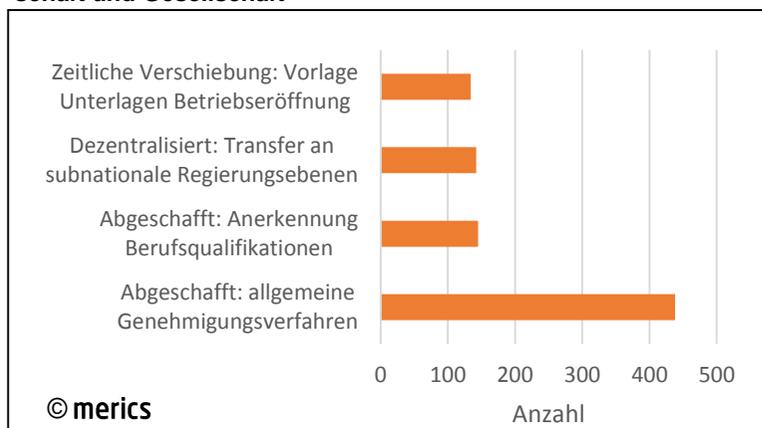
Mit einer dezentralen, effizienten und transparenteren Verwaltung will die KPC die Aufgabenlast der Verwaltung verringern und unternehmerische Aktivitäten erleichtern. Das Projekt ist durchaus voran gekommen: Auf zentraler Ebene wurden seit 2013 mehr als 600 Genehmigungsverfahren vereinfacht oder abgeschafft.<sup>6</sup> Kompetenzen einzelner Staatsorgane sind nun klar definiert und Doppelverantwortlichkeiten gestrichen worden. Insbesondere auf der kommunalen Ebene stockt die Umsetzung allerdings vielerorts. Einerseits fühlen sich Behörden durch die an sie delegierten Verwaltungsaufgaben überfordert. Andererseits fürchten sie, wichtige Einnahmequellen zu verlieren, wenn kostenpflichtige Genehmigungen abgeschafft werden. Bislang war dies eine der Haupteinnahmequellen

© merics Mercator Institute for China Studies

der oft verschuldeten Gebietskörperschaften. Diese sind zudem seit dem 3. Plenum aufgerufen, die Zahl der bürokratischen Verfahren zu verringern. Wer sich dem Ziel des Bürokratieabbaus widersetzt und beispielsweise neue Gebühren einführt, dem drohen hohe Strafzahlungen oder sogar die Amtsenthebung.

Ein Hauptaugenmerk beim Bürokratieabbau gilt der Förderung unternehmerischer Aktivitäten. Bei der Registrierung von Firmen etwa sind statt langwieriger Behördengänge nur noch wenige Prozessschritte zu verfolgen. Eine Vielzahl von Nachweisen ist nicht länger erforderlich. Die Zahl der Unternehmensgründungen ist in der Folge stark angestiegen.

Abb.1: Rückzug der Zentralregierung aus Wirtschaft und Gesellschaft



In vielen Fällen handelt es sich lediglich um Internet-Händler oder Kleinbetriebe mit wenig Personal und Umsatz.

## 2.3 Kader-Dasein bleibt trotz Disziplinar- und Transparenzoffensive attraktiv

Im Februar 2014 veröffentlichte die Staatliche Stellenplankommission eine Übersicht aller Zuständigkeiten der Organe der Zentralregierung (权利清单) auf ihrer Website.<sup>7</sup> Die Liste stellt Informationen über Kompetenzen und Internet-Links zu den entsprechenden Rechtsgrundlagen bereit. Auf diese Weise kommen nicht nur Bürger und Unternehmer rasch an Informationen, auch die Regierung kann herausfinden, wo sich eventuell noch überflüssige, doppelte Zuständigkeiten finden.

Trotz der scheinbar allgegenwärtigen Überwachung hat die Arbeit als Kader unter Chinesen weiterhin nichts an ihrer Attraktivität verloren. Rund 1,4 Millionen haben sich erfolgreich für den Auswahltest für den Staatsdienst 2016 angemeldet.<sup>8</sup>

Lokalregierungen agieren – entgegen früherer Berichterstattung – im Rahmen des Möglichen weiter eigenständig. Um die eigene Region voranzubringen, sind lokale Beamte weiterhin risikofreudig.

Die zahlreichen lokalen Experimente im Bereich der Justizreform, aber auch der sozialen Sicherung belegen dies.

## Stand der Umsetzung des KP-Reformbeschlusses: Staat und Partei



Fortschritt auf einer Skala von 1 bis 5<sup>9</sup>

### 3. Umbau im Justizwesen: KP-Kontrolle bleibt erhalten

Das Rechtssystem professioneller und effizienter zu gestalten, gehört zu den zentralen Reformvorhaben. Ziel der KPC ist es, Prozesse zu vereinfachen und Zuständigkeiten in der Regierungstätigkeit zu klären.

Das Vertrauen der chinesischen Bevölkerung in das Justizsystem ist weiterhin gering. Gerichtsverfahren sind meist langwierig, Berichte über erzwungene Geständnisse, willkürliche Entscheidungen und politische Einflussnahme von Lokalpolitikern bleiben an der Tagesordnung.

Xi Jinping hat die Justizreform zur Chefsache erklärt. Der Reformbeschluss vom November 2013 behandelte die Förderung der Rechtsstaatlichkeit in einem eigenen Abschnitt. Das 4. Plenum im Oktober 2014 widmete die Parteiführung sogar vollständig dieser Thematik. Angepeilt ist mit der Reform auch eine – gelenkte – öffentliche Beteiligung an politischen Prozessen. So sollen künftig zum Beispiel sogenannte Klagen im öffentlichen Interesse möglich sein, etwa gegen Industrieunternehmen, die die Umwelt verschmutzt haben.<sup>10</sup> Auch die öffentliche Verwaltung soll vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden können. Ein Ziel dieses Vorhabens ist es, den wachsenden Unmut, etwa über Umwelt- oder Lebensmittelskandale, in der Bevölkerung zu kanalisieren. Auch erhofft sich die Führung durch den Blick auf eingereichte Petitionen oder Klagen Aufschluss über möglicherweise notwendige politische Anpassungen.<sup>11</sup>

### 3.1 Die Einflussnahme lokaler Kader auf Gerichte soll verringert werden

Im Jahr 2014 stellte die Zentralregierung ihre Pläne für die konkrete Umsetzung dieses Vorhabens vor. Auf Versuchsbasis haben mittlerweile Experimente in verschiedenen Städten begonnen, darunter Shanghai und Shenzhen. Unabhängig von der Exekutive und der KPC sollen die Gerichte aber keinesfalls werden. Entscheidungen über personelle Besetzungen und Besoldung an Gerichten wurden auf die Provinzebene gehoben. Die politische Aufsicht verbleibt weiterhin bei der parteiinternen Kommission für Politik und Recht (政法委员会).<sup>12</sup>

Dem in westlichen Ländern geltenden Prinzip der Gewaltenteilung erteilte der Oberste Volksgerichtshof indes eine deutliche Absage.<sup>13</sup> Versuche der Einflussnahme auf Gerichtsverhandlungen seitens der Exekutive bleiben ein großes Problem. Daher hat das 4. Plenum im Oktober 2014 beschlossen, dass Versuche von Kadern, auf Gerichtsurteile einzuwirken, dokumentiert und unter Strafe gestellt werden müssten.<sup>14</sup>

### 3.2 Der Dienst als Richter und Staatsanwalt soll attraktiver werden

Mit höheren Gehältern und der Zusage erweiterter Kompetenzen versucht die KPC, gut qualifizierte

Juristen für den Staatsdienst zu gewinnen. Der Staatsrat hat zwar das Besoldungssystem reformiert, die Lohnsteigerungen für Richter fielen allerdings relativ gering aus und gingen mit dem Verbot von Nebeneinkünften einher. Zu einer Entlastung beim Arbeitspensum kam es nicht. Deshalb kehren viele Richter und Staatsanwälte dem Justizsystem den Rücken und wechseln lieber in die Privatwirtschaft. Allein in der Stadt Shanghai waren dies im Jahr 2014 86 Richter, in der Mehrzahl jüngere Juristen mit sehr guten Abschlüssen.<sup>15</sup>

Gleichzeitig stellen Juristen im Staatsdienst in jüngster Zeit vermehrt unter Beweis, wieviel Wert sie auf ihr Berufsethos legen: In zwei politisch instrumentalisierten Prozessen trotzten die verantwortlichen Richter den Anweisungen von Behörden. In dem seit Mai 2015 verzögerten Prozess gegen den Menschenrechtsanwalt Pu Zhiqiang sowie der Untersuchungshaft des investigativen Journalisten Liu Hu entschieden sich die zuständigen Gerichte jeweils dafür, die Fälle zurückzuweisen. Für das chinesische Justizsystem sind dies ungewöhnliche Vorgänge.<sup>16</sup>

### 3.3 Rechtsanwälte bekommen leichter Akten-einsicht – aber auch mehr politischen Druck

Die KPC will die Position von Rechtsanwälten stärken – aber nur dort, wo sich die Partei einen eigenen Nutzen erwartet. Das gilt zum Beispiel für das

Zivil- oder Wirtschaftsrecht. Beim Thema Menschenrechte und politisch sensiblen Fällen greift die chinesische Führung weiter hart durch und schreckt selbst vor der Verhaftung von Anwälten nicht zurück.

Ein am 20. September 2015 veröffentlichtes Dokument des Obersten Volksgerichtshofes zeigt die weiterhin ambivalente Haltung gegenüber Anwälten besonders deutlich: Verteidiger erhalten zwar selektiv mehr Rechte, wie beispielsweise uneingeschränkte Einsicht in fallrelevante Akten. Zugleich werden Beschränkungen verschärft, etwa für die Weitergabe von Informationen über laufende Gerichtsverfahren.<sup>17</sup>

**Die KPC fordert unbedingte Loyalität ein.** Wer offen Kritik übt und kritische Fälle an die Öffentlichkeit trägt, muss mit Repressalien rechnen. Anfang Juli kam es zu landesweiten Verhaftungen von Menschenrechtsanwälten und ihren Unterstützern. Von den ursprünglich mehr als 200 festgesetzten Personen sind mehr als 20 weiterhin in Haft.<sup>18</sup> Von einer unabhängigen Kontrollfunktion der Rechtsanwälte kann daher weiterhin keine Rede sein.

### 3.4 Technische Fortschritte bei Justizreform – Wachsender Unmut unter Juristen

Bereits kurz nach dem 3. Plenum im November 2013 verkündete die Zentralregierung die Abschaf-

fung der „Lager zur Umerziehung durch Arbeit“. Allerdings gab es danach weiter Berichte, dass Lokalregierungen an der Praxis festhielten und die entsprechenden Einrichtungen lediglich umbenannten.<sup>19</sup>

Ein klarer Fortschritt ist hingegen die Reduzierung der Anzahl der Vergehen, die mit der Todesstrafe geahndet werden. Waren dies früher 55, so sind es seit der Revision des Strafgesetzes noch 46.<sup>20</sup>

Im Justizbereich bringt die KPC die geplanten Reformen in ihrem Sinne weiter voran. Häufig agiert sie allerdings gegen die Vorstellungen und Anliegen der Juristen. Sollten die Justizangestellten in Zukunft stärker auf ihr Berufsethos pochen, könnte dies zu wachsenden Reibungen mit den Zielen der offiziellen Reformpläne führen.

#### Stand der Umsetzung des KP-Reformbeschlusses: Justiz

Schutz der Gerichte vor Einflussnahme  
lokaler Funktionäre



Ausbildung und Entlohnung Richter und  
Staatsanwälte



Stärkung der Rolle der Rechtsanwälte



## 4. Überwachte Gesellschaft: Die Partei steuert und kontrolliert

Die KPC befürchtet eine Verselbständigung der Gesellschaft. In Zeiten wachsenden Rechtsbewusstseins und steigender Popularität Sozialer Medien benötigt sie neue Instrumente für eine effektive Kontrolle über die Bevölkerung. Statt eines Versuchs, die Uhr zurückzudrehen, möchte sie sich die Entwicklungen und Errungenschaften der digitalen Ära zunutze machen. Unter der Prämisse, die Sicherheit für die Gesellschaft zu erhöhen, schafft sie die rechtlichen Grundlagen für einen umfassenden Zugriff auf die Daten Einzelner, aber auch von Privatunternehmen.

### 4.1 Zwischen Schutz und Überwachung

Im Namen der Sicherheit hat die KPC schnell Fakten geschaffen und neue Überwachungsstrukturen aufgebaut. Im Januar 2014 richtete sie den Nationalen Sicherheitsrat als Koordinationsgremium ein. Unter der Leitung Xi Jinpings nimmt sich dieses Gremium aller Fragen der äußeren und inneren Sicherheit des Landes an. Um Eingriffe in die Privatsphäre rechtlich zu legitimieren, verabschiedete der Nationale Volkskongress verschiedene Gesetze: Den Auftakt machte das Anti-Spionagegesetz (中华人民共和国反间谍法) im November 2014. Dabei ist der Begriff „Spionage“ sehr vage definiert und bringt jede Organisation in Verdacht, die mit

ausländischen Vertretern in Kontakt steht. Bereits am 1. Juli 2015 folgte das Nationale Sicherheitsgesetz (国家安全法). Dieses erlaubt, jede Handlung des öffentlichen Lebens als relevant für die nationale Sicherheit zu erklären.<sup>21</sup> Behörden könnten daraus umfangreiche Eingriffsrechte in die Privatsphäre von Bürgern und in die Wirtschaft ableiten.<sup>22</sup> Erste Beispiele aus der Praxis sind bereits bekannt: Im Rahmen der Börsenkrise in China inhaftierte die chinesische Polizei beinahe 200 Journalisten und Blogger unter dem Vorwurf der Verbreitung von Gerüchten.<sup>23</sup>

### 4.2 Nichtregierungsorganisationen geraten unter Druck

Die KPC möchte zwar Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und auch anderem gesellschaftlichem Engagement mehr Raum für Eigeninitiative bieten. Willkommen sind allerdings nur diejenigen NGOs, die sich politisch unverfänglichen Themen wie dem Wissenschaftsaustausch, Sozialem, Umweltschutz oder der Kultur verschrieben haben und eng mit staatlichen Einrichtungen zusammenarbeiten.

Die Verabschiedung des Nationalen Sicherheitsgesetzes sowie die Debatten um den Gesetzesentwurf für das Management internationaler Nichtregierungsorganisationen (INGO-Gesetz) haben den gemeinnützigen Sektor nachhaltig verunsichert. Ausländische NGOs sollen laut dem derzeitigen

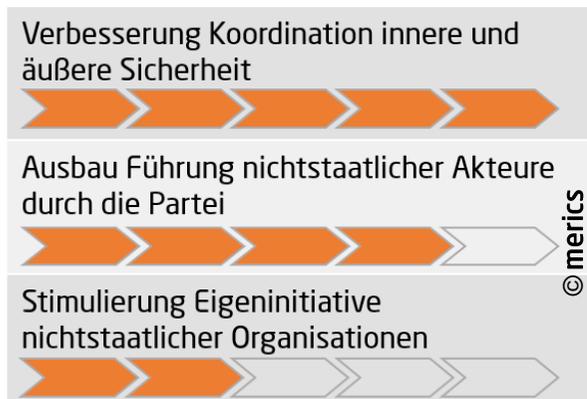
Gesetzesentwurf dem Ministerium für öffentliche Sicherheit überantwortet werden, was stärkere Kontrollen nach sich zöge. Neben den Vertretern von NGOs und internationalen Beobachtern haben auch chinesische Wissenschaftler Zweifel an der Praktikabilität des Entwurfs geäußert.<sup>24</sup> Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit gilt als zu unerfahren im Umgang mit ausländischen Organisationen.

Einen weiteren Vorstoß, die direkte Kontrolle über nichtstaatliche Organisationen zu erhöhen, machte das Zentralkomitee der KPC in einem Ende September verfassten Dokument: Dieses enthält den Vorschlag, KPC-Parteistrukturen in NGOs zu etablieren. Laut dem Dokument hätten diese den Zweck, Mitarbeiter der jeweiligen NGO in den Parteiansichten zu schulen und neue Parteimitglieder anzuwerben.<sup>25</sup>

Insgesamt betrachtet betreibt die KPC die Verschärfung der Kontrolle der Gesellschaft sehr systematisch. Dennoch verfehlen die Aktivitäten bislang ihr Ziel oder wirken mitunter gar in die entgegengesetzte Richtung. Statt Sicherheit und Vertrauen in Partei und Staat zu erhöhen, zerstören sie vielerorts über Jahre hinweg aufgebaute Beziehungen und befördern Widersprüche offen zu Tage.

Die laut Partei und Staat dringend benötigte und gewünschte gesellschaftliche Dynamik kann sich nicht entfalten, da Möglichkeiten sozialer Selbstorganisation gezielt unterdrückt werden.

## Stand der Umsetzung des KP-Reformbeschlusses: Gesellschaftliche Kontrolle



## 5. Fazit: Reformen nach Plan, mit unklaren Folgen für internationale Beziehungen

Xi Jinping hat sich bislang als durchsetzungsfähiger Reformier bewiesen. Seit 2013 hat er bereits einen großen Teil der damals verkündeten Reformmaßnahmen im Bereich Politik, Justiz und Gesellschaft deutlich vorangebracht.

Für den weiteren Verlauf der andauernden Reformen sind zwei Faktoren entscheidend: die Loyalität

und Geschlossenheit der politischen Elite, aber auch die breite Unterstützung und Akzeptanz für Reforminhalte in der Bevölkerung.

Die Bestimmtheit und Geschlossenheit, mit der die KPC durchaus riskante Reformen anging, hat Beobachter überrascht. Die hartnäckig geführte, umfassende Anti-Korruptionskampagne sowie die Verschärfung der Parteidisziplin trafen in erster Linie die politischen Eliten. Zu offen ausgetragenen Konflikten in der Parteispitze kam es in diesem Zusammenhang dennoch bislang nicht. **Die KPC ist nach zwei Jahren unter Xi Jinping mächtiger, aber in ihrer Informationspolitik transparenter und dadurch berechenbarer geworden.** Sollte die Disziplinarkontrolle jedoch weiter verschärft werden, könnte es mit der bislang zur Schau getragenen Geschlossenheit vorbei sein.

**Unter der Führung Xis hat die KPC ihre Kontrolle über nahezu alle wirtschaftlichen und sozialen Bereiche ausgebaut.** Die unverminderte politische Kontrolle über die Gerichtsbarkeit durch die KP, die verschärfte Aufsicht über soziale Gruppen sowie der umfassende Ausbau der Internetkontrolle befinden sich bereits heute vielerorts im Konflikt mit gesellschaftlichen Interessen. Sollte sich die wirtschaftliche Lage und somit die Zukunftsperspektiven vieler Chinesen weiter ver-

schlechtern, drohen sich diese Konflikte in Protestaktionen zu entladen.

Auf internationaler Ebene hat eine zu euphorische Lesart des Reformpapiers in den letzten beiden Jahren zu herben Enttäuschungen geführt. Statt einer weiteren wirtschaftlichen und politischen Öffnung des Landes – wie nach der Verkündung des Reformprogramms mit dem Ziel der Errichtung einer sozialistischen Marktwirtschaft im Jahre 1993 – sind klare Tendenzen einer partiellen Abschottung zu beobachten. Deutsche und andere internationale Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sollten aufgrund der Entwicklungen ihr Engagement in China durchaus überdenken, jedoch nicht grundsätzlich in Frage stellen. Ein Rückzug aus über mehreren Jahrzehnten hinweg aufgebauten Dialogen und Kooperationen wäre fatal für die zwischenstaatlichen Beziehungen wie auch für den breit angelegten gesellschaftlichen Austausch. Der Ausbau von Rechtsstaatlichkeit und der Abbau von Bürokratie sind weiterhin zwei Kernbeispiele, von denen sowohl China als auch seine Partner profitieren können.

**Kontaktperson für diesen China Monitor:**

Matthias Stepan

[matthias.stepan@merics.de](mailto:matthias.stepan@merics.de)

**Redaktion:** Claudia Wessling

**Impressum**

Mercator Institute for China Studies

Klosterstraße 64

10179 Berlin

Tel: +49 30 3440 999 – 0

Mail: [info@merics.de](mailto:info@merics.de)

[www.merics.org](http://www.merics.org)

- <sup>1</sup> Song, Miou (2015). "China to target financial sector in new anti-graft inspection". [http://news.xinhuanet.com/english/2015-10/23/c\\_134744675.htm](http://news.xinhuanet.com/english/2015-10/23/c_134744675.htm), Zugriff: 26.10.2015.
- <sup>2</sup> **Central Commission for Discipline Inspection** (中共中央纪律检查委员会) (2015). „国际追逃追赃启动“天网”行动“ (International pursuit for stolen goods starts “Sky Net” programme). [http://news.xinhuanet.com/legal/2015-03/26/c\\_127625344.htm](http://news.xinhuanet.com/legal/2015-03/26/c_127625344.htm), Zugriff: 01.04.2015.
- <sup>3</sup> Xinhua. (2014). "CPC disciplinary watchdog to supervise more central Party, government organs". Zugriff: 12. 12.2014.
- <sup>4</sup> CCTV (央视网) (2015). "Guo Ping: Now the power of reform is particularly necessary" ( "国平：当前特别需要改革定力"). [http://app.peopleyueqing.com/detail/index/itemId/7\\_25296](http://app.peopleyueqing.com/detail/index/itemId/7_25296), Zugriff: 06.11.2015.
- <sup>5</sup> Sina (2015). "The CCP puts six kinds of behaviours on a negative list" ( "中共对 6 种纪律列出负面清单"). <http://finance.sina.com.cn/review/sbzt/20151012/221023452627.shtml>, Zugriff: 26.10.2015.
- <sup>6</sup> Stepan, Matthias (2015). Adjusting the role of the state. The reform of China's administrative approval system and its impact on the regulatory system. Workshop Paper prepared for the Brown China Initiative International Workshop on "Policymaking in China" August 27-28, 2015.
- <sup>7</sup> Die komplette List ist hier abrufbar: <http://spgk.sco-psr.gov.cn/login/index>. Letzter Zugriff: 12.10.2015
- <sup>8</sup> **Officials' Channel** (公务员频道) (2015). "2016 国考报名人数最低的十大部" ("Ten departments with the lowest number of applicants for the 2016 national examination"). [http://www.eol.cn/gongwuyuan/guo-jia/gkzx/201510/t20151030\\_1332898.shtml](http://www.eol.cn/gongwuyuan/guo-jia/gkzx/201510/t20151030_1332898.shtml), Zugriff: 05.11.2015.
- <sup>9</sup> Qualitative Einschätzung des Autors
- <sup>10</sup> Wübbeke, Jost (2014). "The three-year battle for China's new environmental law." <https://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/6938-The-three-year-battle-for-China-s-new-environmental-law>, Zugriff: 12.10.2015
- <sup>11</sup> Amendment to the Administrative Procedure Act in May 2015. See: Wan, Adrian (2015). "Revised law means it's now easier to sue than petition governments". <http://www.scmp.com/news/china/article/1630182/revised-law-means-its-now-easier-sue-petition-governments>, Zugriff: 06.11.2015.
- <sup>12</sup> Heilmann, Sebastian; Rudolf, Moritz, Shih, Lea (2014): "Chinas Justizreformen nehmen Gestalt an. Gerichte der unteren Ebenen erhalten größere Eigenständigkeit im politischen Machtgefüge." [http://www.merics.org/fileadmin/templates/download/china-monitor/China\\_Monitor\\_No\\_7.pdf](http://www.merics.org/fileadmin/templates/download/china-monitor/China_Monitor_No_7.pdf) Zugriff: 04.03.2015.
- <sup>13</sup> 超级苹果(Power Apple) (2015): "Supreme Court: The Limits of the West's "Judicial Independence and Separation of Powers" ("最高法:划清与西方"司法独立三权鼎立"界限)". <https://www.powerapple.com/news/>, Zugriff: 06.11.2015.
- <sup>14</sup> Xinhua (2014). "Xi pledges reform to ensure independent, fair judicial system". [http://news.xinhuanet.com/english/china/2014-10/28/c\\_133749004.htm](http://news.xinhuanet.com/english/china/2014-10/28/c_133749004.htm), Zugriff: 06.11.2015.
- Xinhua (2015). "China regulates against officials' judicial meddling". [http://news.xinhuanet.com/english/2015-03/30/c\\_134110933.htm](http://news.xinhuanet.com/english/2015-03/30/c_134110933.htm), Zugriff: 06.11.2015.
- <sup>15</sup> Lubman, Stanley (2015). "China's Exodus of Judges". <http://blogs.wsj.com/chinarealtime/2015/05/04/what-a-stubborn-exodus-of-judges-means-for-legal-reform-in-china/>, Zugriff: 26.10.2015, The Economist (2015). "Judging Judges". <http://www.economist.com/news/china/21667952-help-build-rule-law-china-demoting-judges-judging-judges>, Zugriff: 26.10.2015.
- <sup>16</sup> China Digital Times (2015). "Pu Zhiqiang Trial Delayed; Rights Lawyers Restricted". <http://chinadigitaltimes.net/2015/09/pu-zhiqiang-trial-delayed-amid-restrictions-on-rights-lawyers/>, Zugriff: 01.10.2015.
- <sup>17</sup> Jun, Mai (2015). "China's legal rights: lawyers win some, lose some". <http://www.scmp.com/news/china/policies-politics/article/1859968/chinas-legal-rights-lawyers-win-some-lose-some>, Zugriff: 06.11.2015.
- <sup>18</sup> Human Rights Watch (2015). "China: Secretly Detained Lawyers at Risk of Torture". <https://www.hrw.org/news/2015/07/20/china-secretly-detained-lawyers-risk-torture>, Zugriff: 04.11.2015.
- <sup>19</sup> Zuo, Mandy (2014). "New forms of extrajudicial detention emerge to replace China's labour camps." <http://www.scmp.com/news/china/article/1427033/new-forms-extrajudicial-detention-emerge-replace-chinas-labour-camps>, Zugriff: 06.11.2015.
- <sup>20</sup> National People's Congress (全国人民代表大会) (2015). "Revisions to the People's Republic of China's Criminal Law (Nine)". (中华人民共和国刑法修正案(九)), [http://www.npc.gov.cn/npc/xinwen/2015-08/31/content\\_1945587.htm](http://www.npc.gov.cn/npc/xinwen/2015-08/31/content_1945587.htm), Zugriff: 06.11.2015.
- National People's Congress (全国人民代表大会) (2015). "Revisions to the People's Republic of China's Criminal

---

Law (Nine)". (中华人民共和国刑法修正案（九），  
[http://www.npc.gov.cn/npc/xinwen/2015-08/31/content\\_1945587.htm](http://www.npc.gov.cn/npc/xinwen/2015-08/31/content_1945587.htm), Zugriff: 06.11.2015.)

<sup>22</sup>China Digital Times (2015). "Analysts Voice Concern Over Draft National Security Law." <http://chinadigital-times.net/2015/05/analysts-voice-concern-over-draft-national-security-law/>, Zugriff: 06.11.2015.

Securities Daily (证券日报). "The Ministry of Public Security launches a rumor investigation of 197 people

linked to account no. 165". ("公安部部署打击整治网络谣言查 197 人关停账号 165 个"). [http://news.xinhuanet.com/fortune/2015-08/31/c\\_128182798.htm](http://news.xinhuanet.com/fortune/2015-08/31/c_128182798.htm), Zugriff: 06.11.2015.

<sup>24</sup>NGOCN (2015). "The law for regulating foreign non-governmental organisations" - Did you see it today?" ("《境外非政府组织管理法》，你今天看了吗?").

<http://prize.appku.org/work/6336/>, Zugriff: 06.11.2015.

General Office of the CPC Central Committee (中共中央办公厅) (2015). "中共中央办公厅印发《关于加强社会组织党

的建设工作的意见（试行）》" (General Office of the CPC Central Committee published "Views regarding strengthening the efforts of establishing the party within social organisations (experiments)"). [http://news.xinhuanet.com/politics/2015-09/28/c\\_1116702753.htm](http://news.xinhuanet.com/politics/2015-09/28/c_1116702753.htm), Zugriff: 28.10.2015.